

Tomasz Dmitruk

Die Streitkräfte der Republik Polen in den Plänen von Bürgerkoalition, Drittem Weg und Neuer Linken. Wie wollen sie Russland abschrecken?

Als die jetzigen Regierungsparteien noch in der Opposition waren, kritisierten sie die Verteidigungspolitik von PiS heftig. Aktuell führen sie jedoch die Politik der Vorgängerregierung weitgehend fort, wenn auch mit gewissen Korrekturen.

Die Regierungskoalition aus Bürgerkoalition (KO), Drittem Weg und Neuer Linken ist seit nunmehr vier Monaten im Amt. Es lassen sich bereits die ersten Schlüsse aus den Entscheidungen und Plänen der neuen Regierung ziehen, nicht zuletzt bei der Verteidigungspolitik, wozu ihre Pläne zur Fortentwicklung der Polnischen Armee zählen. Hat die Regierung auf diesem Gebiet wirklich eine ganz neue Richtung eingeschlagen, oder ist eher von Kontinuität zu sprechen? Ich habe mir fünf Bereiche näher angesehen: Planung, Budgetierung, Truppenstärken und Struktur der Streitkräfte, technische Modernisierung der polnischen Rüstungsindustrie sowie die Umsetzung der einhundert Programmpunkte der Bürgerkoalition.

Planung

Im Bereich der Planung warf die neue Führung des Ministeriums für Nationale Verteidigung unter dem Minister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Władysław Kosiniak-Kamysz von der Partei Dritter Weg ihren Vorgängern aus der PiS-Partei vor, keine aktuellen Planungs- und Strategiedokumente hinterlassen und sich nicht an deren dem Dienstweg entsprechende Bearbeitung gehalten zu haben. Dem ist meiner Einschätzung nach leider nur zuzustimmen.

Das wichtigste Planungspapier, die „Strategie für die Nationale Sicherheit der Republik Polen“ (*Strategia Bezpieczeństwa Narodowego RP*, SBN), stammt von 2020. Es wurde nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine 2022 nicht aktualisiert, und bis zu den Wahlen wurde nichts in dieser Richtung unternommen. Das soll sich jetzt ändern. Präsident Andrzej Duda kündigte am 11. März 2024 bei einer Sitzung des Rats der Nationalen Sicherheit an, dass die Arbeiten an einem neuen Strategiepapier aufgenommen werden.

In den letzten Jahren wurde keine neue Version der „Politisch-Strategischen Verteidigungsdirektive der Republik Polen“ erstellt, eines nicht öffentlichen Dokuments, das die Aufgaben aller staatlichen Einrichtungen bei akuter Gefahrenlage und im Krieg definiert.

Genauso wenig wurde in den letzten Jahren eine neue Version der „Politisch-Strategischen Verteidigungsdirektive der Republik Polen“ (*Polityczno-Strategiczna Dyrektywa Obronna RP*, P-SDO) erstellt, eines nichtöffentlichen Dokuments, das die Aufgaben aller staatlichen Einrichtungen bei akuter Gefahrenlage und im Krieg definiert und dessen Bestimmungen aus der jeweils aktuellen Version der SBN abzuleiten sind. Die P-SDO ist das schlechthin zentrale Dokument, welches die Verteidigungsmaßnahmen Polens für den Fall eines Angriffs festlegt. Die aktuell immer noch gültige Version der P-SDO wurde 2018 erlassen und soll sich theoretisch auf die Festlegungen der SBN stützen, die allerdings bereits 2014 verfasst wurde. Praktisch wurden in dieser P-SDO wahrscheinlich die Empfehlungen aus der 2017 fertiggestellten „Strategischen Verteidigungsübersicht“ berücksichtigt, doch nachdem 2020 eine neue SBN verabschiedet worden war, hätte auch die P-SDO aktualisiert werden müssen, was jedoch nicht erfolgt ist. Wie Verteidigungsminister Kosiniak-Kamysz betonte: „[...] da wir nicht über aktualisierte Fassungen der zuvor genannten Dokumente verfügen, ist schwer einzuschätzen, ob die bereits getroffenen Entscheidungen zur Modernisierung und Anschaffung von militärischer Ausrüstung den aktuellen Herausforderungen und dem Bedarf entsprachen, weil sie ohne aktualisierte strategische Grundlage getroffen wurden.“ Dass es keine aktuelle Fassung der Verteidigungsdirektive gibt, ist ein schweres Versäumnis, sogar ein schwereres als das Fehlen einer aktualisierten Verteidigungsstrategie. Parallel zur Erarbeitung der neuen Verteidigungsstrategie und -direktive soll entsprechend dem in der NATO obligatorischen Vierjahreszyklus zur Aktualisierung der Pläne noch im laufenden Jahr ein neues „Programm zur Entwicklung der Streitkräfte der Republik Polen“ (*Program Rozwoju Sił Zbrojnych RP*, PRSZ) für die Jahre 2025 bis 2039 erstellt werden, das die Erfahrungen aus dem Ukrainekrieg berücksichtigt und die jetzige, aus dem Jahr 2019 stammende Fassung für die Jahre 2021 bis 2035 ersetzen wird. Als dem PRSZ zugeordnete Dokumente kommen neue Fassungen der „Zentralen Sachpläne“ (*Centralne Plany Rzeczowe*, CPR) dazu. Hierzu zählen: der „Plan zur Technischen Modernisierung“ (*Plan Modernizacji Technicznej*, PMT), der „Plan für den Erwerb von Sachmitteln“ (*Plan Zakupu Środków Materiałowych*, PZŚM) sowie der „Plan für Bauinvestitionen“ (*Plan Inwestycji Budowlanych*, PIB), die alle ebenfalls für den Zeitraum 2025 bis 2039 gelten werden. Diese Dokumente legen detailliert die Vorhaben zu Erwerb und Modernisierung von militärischem Material (PMT), den Ankauf von Sachmitteln einschließlich Munition (PZŚM) sowie den Bau und die Erweiterung von militärischer Infrastruktur (PIB) dar. Es ist zu loben, dass die Richtigstellung und Aktualisierung der wichtigsten Strategie- und Planungspapiere angekündigt wurde, aber vorerst handelt es sich lediglich um Absichtserklärungen, auf deren Umsetzung sicher einige Monate, wenn nicht länger als ein Jahr zu warten sein wird. Dabei ist es im Hinblick auf die aktuelle Bedrohungslage für Polen wichtig, dass die Erarbeitung der neuen Fassungen der genannten Dokumente sich nicht dahin auswirkt, die 2022 begonnene

beschleunigte technische Modernisierung der Polnischen Armee aufzuhalten.

Budget

Bei den diesjährigen Ausgaben für die Polnische Armee können wir von Kontinuität über politische Grenzen hinweg sprechen, was erfreulich ist.

Der von der PiS-Regierung im August 2023 vorbereitete Entwurf zum Haushaltsgesetz sah vor, dass für 2024 für Verteidigungszwecke ein Posten von über 158 Milliarden Złoty [36,55 Mrd. Euro] vorgesehen sind, davon etwa 118 Milliarden Złoty [27,29 Mrd. Euro] aus staatlichen Haushaltsmitteln und etwa 40 Milliarden Złoty [9,25 Mrd. Euro] aus Schuldenmechanismen und anderen Einnahmen des Fonds zur Unterstützung der Streitkräfte (*Fundusz Wsparcia Sił Zbrojnych*, FWSZ) außerhalb des Staatshaushalts. Das Haushaltsgesetz für 2024 wurde von der neuen Regierung verabschiedet und von Präsident Andrzej Duda am 31. Januar 2024 unterzeichnet. Es sieht ein praktisch identisches Niveau an Verteidigungsausgaben vor, die ungefähr 4,2 Prozent des für 2024 vorhergesagten polnischen Bruttoinlandprodukts (BIP) ausmachen. Bei den diesjährigen Ausgaben für die Polnische Armee können wir also von Kontinuität über politische Grenzen hinweg sprechen, was erfreulich ist.

Vom nächsten Jahr an könnten sich jedoch Schwierigkeiten einstellen. Wie aus dem vom Finanzministerium im September 2023 veröffentlichten Dokument „Strategie zur Schuldenverwaltung im Sektor der öffentlichen Finanzen 2024–2027“ hervorgeht, sind zur Finanzierung der technischen Modernisierung aus dem FWSZ in den Jahren 2025–2027 aus den Schuldenmechanismen 228 Milliarden Złoty [52,74 Mrd. Euro] zu beschaffen. Vertreter der jetzigen Regierung räumen ein, dass dieses Geld vorerst im FWSZ nicht vorhanden ist und erst entsprechende Kredite aufzunehmen oder Obligationen zu emittieren und zu verkaufen seien. Zudem sind die aus dem FWSZ finanzierten Verträge für den sogenannten polnischen Beitrag, das heißt zum Beispiel für polnische Fahrwerke für das südkoreanische Mehrfachraketenwerfer-System Homar-K (K-239 Chunmoo) sowie für die auf diese Verträge anfallende Mehrwertsteuer Mittel aus dem Staatshaushalt bereitzustellen, was im langfristigen Finanzplan (PMT) nicht in vollem Umfang vorgesehen gewesen sei.

Es ist ein Anstieg der Verschuldung des FWSZ in den Jahren 2022–2027 auf eine Höhe von 314,6 Milliarden Złoty [72,77 Mrd. Euro] geplant.

Quelle: Strategia zarządzania długiem sektora finansów publicznych w latach 2024–2027 [Strategie zur Schuldenverwaltung im Sektor der öffentlichen Finanzen 2024–2027], Ministerstwo Finansów 2023

An dieser Stelle sei aus einer Sejmrede des stellvertretenden Verteidigungsministers Paweł Bejda vom 7. März 2024 zitiert: „Unsere Analyse des Bedarfs bei der möglichst vollständigen Umsetzung aller Aufgaben, die aus dem aktuellen Programm zur Entwicklung der Streitkräfte der Republik Polen hervorgehen, fand eine Unterfinanzierung in Höhe von über 500 Milliarden Złoty [115,65 Mrd. Euro] im Bereich aller Zentralen Sachpläne, also im Plan zur Technischen Modernisierung, im Plan für den Ankauf von Sachmitteln sowie im Plan für Bauinvestitionen. Darüber hinaus wurden die Risiken ermittelt, die sich aus möglichen Beschränkungen der Möglichkeiten ergeben, die Schuldeninstrumente im Rahmen des Unterstützungsfonds zu nutzen, nämlich etwa 200 Milliarden Złoty [46,26 Mrd. Euro], darunter für die Sicherstellung der Mehrwertsteuer auf die Lieferungen und des sogenannten polnischen Anteils, sowie für die Entscheidung zur beschleunigten Aufstellung der 8. Infanteriedivision der Heimatarmee, schätzungsweise 15 Milliarden Złoty [3,47 Mrd. Euro] für die Sicherstellung der Infrastruktur, das heißt insgesamt weitere etwa 215 Milliarden Złoty [49,73 Mrd. Euro].“ In Antwort auf meine Anfrage ergänzte das Verteidigungsministerium, dass „die Unterfinanzierung der Zentralen Sachmittelpläne [der erwähnte Betrag von 500 Mrd. Złoty; A.d.R.] sowohl für den aus dem Budget des Verteidigungsministeriums finanzierten Teil, als auch für den Fonds zur Unterstützung der Streitkräfte identifiziert ist.“ Das heißt in der Praxis, dass sich in dem Betrag von 500 Milliarden Złoty unter anderem diejenigen Mittel befinden, die für den FWSZ perspektivisch erst bis 2035 aufzubringen sind. Wie bereits erwähnt, soll dies allein für die Jahre 2025–2027 ein Betrag von 228 Milliarden Złoty sein.

Es ist vielleicht etwas verwunderlich, dass es der Leitung des Verteidigungsministeriums nicht bewusst gewesen sein soll, dass die Schuldenmittel im Rahmen des FWSZ nur für das nächste Jahr sichergestellt sind, für das die Ausgaben geplant sind. Die Kreditaufnahme 2023 oder Emission von Obligationen für Kredittilgungen, die nach 2024 anfallen und auf die Zinsen zu zahlen sind, wäre sehr unwirtschaftlich.

Nach dem Stand von Ende Dezember 2023 bestehen 130 wichtige Verträge über Lieferungen und Modernisierung militärischer Ausrüstung, abgeschlossen in den Jahren 2015–2023 von der Rüstungsagentur (bzw. zuvor das Rüstungsinspektorat), die 2023 und in den Folgejahren zu bezahlen sind. Ihr Gesamtwert betrug etwa 370 Milliarden Złoty brutto [85,58 Mrd. Euro], von denen die Tilgungen, geplant für 2023–2027, nach den Daten des Autors auf etwa 242 Milliarden Złoty brutto [55,98 Mrd. Euro] geschätzt werden können; davon wurden bis Ende 2022 38 Milliarden Złoty brutto [8,79 Mrd. Euro] realisiert. In den Jahren 2028–2035 sollen darauf etwa 90 Milliarden Złoty [20,82 Mrd. Euro] folgen.

Andererseits lässt sich das Budget, das der Rüstungsagentur für die technische Modernisierung in den Jahren 2023–2027 ohne Schuldenmittel zur Verfügung steht, auf etwa 210–220 Milliarden

Złoty [48,58–50,89 Mrd. Euro] schätzen. Das bedeutet, dass ohne Bereitstellung von Schuldenmitteln oder ohne Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus dem Staatshaushalt über die jetzigen drei Prozent des BIP hinaus Probleme bei der Finanzierung der in den Jahren 2015–2023 abgeschlossenen Verträge auftreten würden. Hinzu kommt der Umstand, dass Zinsen für die aktuelle Verschuldung des FWSZ (27,9 Milliarden Złoty [6,45 Mrd. Euro] nach dem Stand von Ende 2023) sowie deren Tilgung nach dem vereinbarten Tilgungsschlüssel gezahlt werden müssen. Im laufenden Jahr wurden Verteidigungsausgaben in von der Vorgängerregierung geplanter Höhe vorgesehen, doch in den Folgejahren könnte es zur Herausforderung werden, die Ausgaben der realen Umsetzung auf einem Niveau von etwa vier Prozent des BIP zu halten. Der erste wahre Testfall für die neue Regierung wird in diesem Bereich die Höhe der Umsetzung der diesjährigen Ausgaben sein (es sind unter anderem etwa 33 Milliarden Złoty [7,63 Mrd. Euro] für die Schuldenfinanzierung aufzubringen), dann der Haushaltsentwurf für 2025. Die Entschlossenheit der Regierung, für Verteidigung jährlich mehr als vier Prozent des BIP aufzuwenden, gibt den Ausschlag für die Umsetzung der Pläne zur Erweiterung der operativen Fähigkeiten der Polnischen Armee. Dass dies nicht leicht sein wird, davon konnten wir uns 2023 überzeugen, als für Verteidigung Aufwendungen von mehr als vier Prozent des polnischen BIP eingeplant waren, die Verausgabung schließlich jedoch nur etwa 3,3 Prozent des BIP betrug.

Truppenstärken und Aufbau der Polnischen Armee

Eines der von der PiS-Regierung angekündigten Ziele war die Vergrößerung der Polnischen Armee, die bis zum Jahr 2035 auf eine Stärke von 300.000 Mann gebracht werden sollte, davon 50.000 Soldaten des Territorialen Militärdienstes (*Terytorialna Służba Wojskowa*, TSW). Dabei sollte die Anzahl der Heeresdivisionen von vier (von der sich eine, die 18. Mechanisierte Division [18. DZ], im Aufbau befindet) auf sechs aufgestockt werden. Den beiden neuen Divisionen wurden die Namen 1. Infanteriedivision der Legionen (*1. Dywizja Pichoty*, 1. DP) sowie 8. Infanteriedivision der Heimatarmee (8. DP) gegeben. Die erstere soll in Nordostpolen aufgestellt werden, mit dem Stab in Ciechanów, die letztere in Südostpolen mit dem Stab in Nowe Miasto an der Pilica. Obwohl die neuen Einheiten als Infanteriedivisionen bezeichnet werden, sollen sie tatsächlich aber mechanisierte Divisionen sein, zu deren Ausrüstung auch Panzer gehören.

Am Jahreswechsel 2022/23 geplante Truppenstärken der Polnischen Armee bis zum Jahr 2035 in Aufteilung auf die unterschiedlichen Truppengattungen.

Quelle: Generalstab der Polnischen Armee 2022

Das ist aber noch nicht alles. Die Pläne sehen zudem einen Ausbau der Divisionsstrukturen vor. Bisher gehörten zu einer Division drei Heeresbrigaden; zu jeder Brigade gehörten drei Heeresbataillone sowie eine Abteilung selbstfahrender Artillerie (*dywizjon artylerii samobieżnej*,

das). Eine Ausnahme bildete die neu formierte 18. Mechanisierte Division, für deren Brigaden vier Heeresbataillone vorgesehen sind. Dem neuen Modell nach ist festgelegt, dass eine Division nicht aus drei, sondern vier Brigaden bestehen und zu einer Brigade nicht drei, sondern vier Heeresbataillone gehören sowie über die Abteilung selbstfahrender Artillerie hinaus Abteilungen von Raketenartillerie (*dywizjony artylerii rakietowej*, dar) gebildet werden sollen. Zudem fiel die Entscheidung, dass in der 16. Pommerschen Mechanisierten Division (*16. Dywizja Zmechanizowana*, 16. DZ) und der 18. DZ die ihnen unterstehenden Artillerieregimenter zu Artilleriebrigaden ausgebaut und diesen Divisionen Panzerabwehrregimenter angeschlossen werden sollen. Gleichfalls ist für die zur Aufstellung vorgesehenen Divisionen, das heißt die 1. und die 8. DP, die Formierung einer Artilleriebrigade und von Panzerabwehrregimentern geplant. Während also im Prinzip eine „alte“ Division neun Heeresbataillone zählte, fünf Abteilungen selbstfahrender Artillerie (drei im Bestand der Heeresbrigaden und zwei im Bestand des Artillerieregiments) sowie zwei Abteilungen Raketenartillerie (im Artillerieregiment), soll die Division neuen Musters (des sogenannten „Modells 2035“) sechzehn Heeresbataillone zählen, sechs Abteilungen selbstfahrender Artillerie (vier im Bestand der Heeresbrigaden und zwei im Bestand der Artilleriebrigade) und sechs Abteilungen Raketenartillerie (vier im Bestand der Heeresbrigaden und zwei im Bestand der Artilleriebrigade). Außerdem soll zum Divisionsbestand ein Panzerabwehrregiment gehören und ein Batteriemodul, ausgestattet mit unbemannten Täusch- und Offensiv-Flugkörpern (*oszukiwawczo-uderzeniowe bezałogowe statki powietrzne*, BSP-U) vom Typ Gladius. Praktisch soll das die operativen Fähigkeiten der Division verdoppeln, bei der Offensivfähigkeit unter Einsatz der Raketenartillerie gar verdreifachen. Leider machen diese Änderungen notwendig, fast die doppelte Anzahl von Soldaten einzustellen, eine zweifach größere Menge an militärischer Ausrüstung einzukaufen und die Infrastruktur der Einheiten auszubauen. Das Heer soll nach dem „Modell 2035“ außer den sechs Divisionen noch sieben Raketenbrigaden besitzen, die mit dem amerikanischen Vielfachraketenwerfer Homar-A bewaffnet sind, besser bekannt unter der Bezeichnung HIMARS, mit einer Reichweite von 300 km. Auch die anderen Teilstreitkräfte sollen von strukturellen Veränderungen betroffen sein. Beispielsweise soll die Luftwaffe die Anzahl der taktischen Staffeln von sechs auf zehn erhöhen, die Kriegsmarine die Anzahl der Raketeneinheiten von einer auf drei. Die Struktur der bodengestützten Luft- und Raketenabwehr soll ebenfalls erheblich verändert und erweitert werden.

Werden die hier vorgestellten Pläne von der neuen Regierung übernommen? Der Verteidigungsminister sagte am 8. Februar: „Wir sind für die Erhöhung der Truppenstärken der Armee. Wir werden das in diesem und im nächsten Jahr fortsetzen. Aber wir müssen die Unmenge an Abweichungen in Form von Änderungen bei der Ausrüstung und funktionalen Qualität stoppen. Wir sind dafür, die Truppenstärke der Armee zu erhöhen, aber wir sind vor allem dafür, ihre

operativen Fähigkeiten zu erweitern. Das eine war nicht immer gleichbedeutend mit dem anderen.“ Diese Bemerkungen spiegeln sich in den für dieses Jahr geplanten Ausgaben wider. Diese sehen die Finanzierung eines Anstiegs der Mannschaftsetats um annähernd 20.000 vor, von 198.200 Ende 2023 auf 218.000 Ende 2024. Darunter fallen: die Zahl der Berufssoldaten soll um 9.800 auf 135.500 steigen, die der Soldaten des Freiwilligen Grundwehrdienstes (*Dobrowolna Zasadnicza Służba Wojskowa*, DZSW) um 5.000 auf 30.000 und diejenige der Soldaten der TSW um 3.000 auf 41.000. Die übrigen 1.900 neuen Stellen entfallen auf Berufssoldaten und die DZSW in Ausbildung. Die Ankündigung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Kosiniak-Kamysz wird durch die für 2024 geplante Erhöhung der Gehälter der Soldaten um durchschnittlich 20 Prozent bestätigt, den Ausgleich der Einkommenshöhe in Abhängigkeit vom militärischen Dienstgrad sowie die Einführung von dienstzeitabhängigen Aufschlägen bereits ab dem ersten Dienstjahr.

Die neue Regierung bestätigt die Notwendigkeit, die Truppen der Territorialverteidigung (*Wojska Obrony Terytorialnej*, WOT) weiterzuentwickeln, obwohl die Pläne zur Formierung dieser neuen Gruppe der Streitkräfte zuvor von den jetzigen Regierungsparteien heftig kritisiert worden waren, solange sie noch in der Opposition waren. Zugleich verwies der Verteidigungsminister auf die Notwendigkeit, die WOT dem Generalstab der Polnischen Armee zu unterstellen und nicht, wie bisher, direkt dem Verteidigungsministerium. Dies soll nach der für die zweite Jahreshälfte geplanten Zertifizierung der WOT geschehen.

Die Beibehaltung der Pläne zur Erhöhung der Truppenstärken der Polnischen Armee wurde am 20. Februar 2024 während der Werkstätten für Journalisten im Generalstab der Polnischen Armee bestätigt. Bei dieser Gelegenheit wurde eine wesentliche Verstärkung der Zahl der polnischen Streitkräfte angekündigt, indem diese um eine aktive Reserve ergänzt werden sollen. Dieses Potential soll eine Armee von 300.000 Mann schaffen, die sich aus Berufssoldaten, TSW und DZSW sowie einer Armee von 150.000 freiwilligen Soldaten (häufig früheren Berufssoldaten und Angehörigen von TSW und DZSW) zusammensetzt, die sich in der aktiven Reserve befinden und dauerhaft bestimmten Militäreinheiten zugeteilt sind. Eine solche Armee aus 450.000 Mann soll bis zum Jahr 2039 aufgebaut werden.

Bei der Ankündigung, zwei zusätzliche Divisionen zu formieren, nämlich die 1. und die 8. DP, teilte der Verteidigungsminister während einer Sitzung des Parlamentarischen Ausschusses für Nationale Verteidigung (SKON) mit, dass bisher die 1. DP auf Bataillonebene komplettiert worden sei, die 8. DP auf Gruppenebene, während an den Orten, an denen neue Einheiten für diese Divisionen gebildet werden sollen, häufig jedwede Infrastruktur fehle. In den Plänen des Verteidigungsressorts für 2024 wird die „Stärkung der operativen Fähigkeiten der Militäreinheiten, die im Osten und Norden des Landes disloziert sind, durch Formierung und Komplettierung der Organisationsstrukturen der 18. und 16. Mechanisierten Divisionen sowie der 1. Infanteriedivision

der Legionen“ herausgestellt. In diesen Plänen findet die 8. DP keine Erwähnung. Das könnte andeuten, dass der Formierung dieser Division geringere Priorität beigemessen wird.

Die mit der Formierung der neuen Division einhergehenden Schwierigkeiten gehen aus den mehrjährigen Erfahrungen der Bildung der 18. DZ hervor. Die Entscheidung dazu fiel 2018, doch bis heute ist die Formierung nicht abgeschlossen, nichtmals im strukturellen Umfang der anfänglichen Planungen, der nach den aktuellen Plänen noch weiter ausgebaut werden soll, und obwohl diese Division auf der Grundlage zweier bereits bestehender Brigaden gebildet wird. Ein Teil der geplanten Einheiten besitzt immer noch nicht die endgültige Infrastruktur, sie sind nicht mit dem erforderlichen Material ausgerüstet, noch ist die geplante Mannschaftsstärke erreicht, ganz zu schweigen von der Ausbildung und Zertifizierung der gesamten Einheit. Im Falle der 1. und 8. DP steht es noch schlechter, weil diese Divisionen praktisch aus dem Nichts entstehen sollen, oft an Örtlichkeiten völlig ohne jede Infrastruktur. Während im Falle der 18. DZ davon ausgegangen wurde, dass ihre Formierung mindestens zehn Jahre in Anspruch nehmen werde, könnte das im Falle der 1. und 8. DP noch länger dauern.

Während des Treffens im Generalstab wurden noch einige zusätzliche Informationen zu den neuen Armeestrukturen bekanntgegeben. Die Formierung der 1. sowie der 8. DP solle fortgesetzt werden, ebenso die Erweiterung der Divisionen von drei auf vier Brigaden sowie der Ausbau der Brigaden von drei auf vier Heeresbataillone. Allerdings soll nicht jede Brigade in voller Einsatzbereitschaft gehalten werden. In der Division kann eine der Brigaden der zur Bildung vorgesehenen Führung Transformation unterstellt werden, nach dem Vorbild des *U.S. Army Training and Doctrine Command* (TRADOC), um der Ausbildung zu dienen. Zusätzlich sollen für die einzelnen Einheiten bestimmte unterschiedliche Grade der Einsatzbereitschaft festgelegt werden. Ein Teil wird sich in hoher Einsatzbereitschaft befinden (mit einem überwiegenden Anteil von Berufssoldaten, verstärkt durch Soldaten der aktiven Reserve), ein Teil in mittlerer Einsatzbereitschaft (ein annähernd gleicher Anteil von Berufssoldaten und Soldaten der aktiven Reserve), die übrigen in der niedrigsten Einsatzbereitschaft (Berufssoldaten in der Minderheit bei Überwiegen der passiven Reserve). In Abhängigkeit vom Grad der Einsatzbereitschaft haben in Friedenszeiten die einzelnen Einheiten verschiedene Fristen, um die volle Einsatzbereitschaft im Konflikt- oder Kriegsfall zu erreichen. Gleichzeitig soll die Anzahl der Kampffahrzeuge verändert werden, das heißt der Kampfpanzer, der Schützenpanzer und der Mannschaftstransportwagen im Bataillon, also in der basalen Kampfeinheit, von gegenwärtig 58 auf 44 Stück. Diese Veränderung soll ermöglichen, den gemeinsamen Bedarf an neuen Kampfpanzern, Schützenpanzern und Mannschaftstransportwagen zu senken. Gleichzeitig sollen die Einheiten zum Ausgleich mehr unbemannte Aufklärungsmittel erhalten, was sich in der Realität dahin auswirken soll, ihre operativen Fähigkeiten im Vergleich mit den bisherigen Strukturen zu erhöhen. Ein solches verkleinertes Bataillon soll sich durch eine

geringere elektromagnetische Signatur auszeichnen, was seine Aufspürung und Verfolgung erschweren soll. Von den vorgestellten Plänen ist noch zu erwähnen die Erklärung zur Aufstellung von Sanitätstruppen, Drohnenkomponenten (unbemannten Systemen) sowie einer Satellitenkomponente.

Bei der Bewertung der Truppenstärken der Polnischen Armee ist zu berücksichtigen, wie diese in der Aufteilung auf die verschiedenen Teilstreitkräfte aussehen. Von den für das laufende Jahr geplanten 135.500 Stellen für Berufssoldaten entfallen auf das Heer 62.900. Unterdessen entfielen von den Soldaten der DZSW, die 2023 dienten, auf das Heer 64,2 Prozent. Berücksichtigen wir diesen Faktor, könnten von den für 2024 geplanten 30.000 Stellen der DZSW auf das Heer etwa 19.300 entfallen. In allem kann das Heer 2024 mit maximal etwa 82.000 Stellen rechnen. Doch soll eine Division gemäß der alten Struktur bei voller Mannschaftsstärke etwa 22.000 Soldaten haben, nach der neuen Struktur gemäß dem „Modell 2035“ sogar 33.000 Soldaten. Wenn wir davon ausgehen, dass die Formierung von vier Divisionen neuer Struktur geplant ist (16. DZ, 18. DZ, 1. DP, 8. DP), und die alte Struktur in zwei Divisionen beibehalten wird (11. Division Gepanzerter Kavallerie [*11. Dywizja Kawalerii Pancerniej*, 11. DKPanc.] und 12. DZ), dann sind für die Divisionen allein mindestens 176.000 Heeressoldaten erforderlich. Dazu kommt noch der Bedarf der anderen Einheiten des Heeres, die keiner Division angehören, darunter:

25. Luftkavalleriebrigade, 6. Luftlandebrigade, drei Aufklärungsregimenter, zwei Sappeurregimenter, zwei Pionierregimenter, zwei Kampfmittelregimenter sowie weitere, kleinere Einheiten. Stark vereinfacht, lässt sich deren Bedarf auf über 24.000 Soldaten schätzen. Zusammen wird allein das Heer mit sechs Divisionen bei voller Mannschaftsstärke mindestens 200.000 Soldaten benötigen. Die für dieses Jahr geplanten Stellen müssten theoretisch erlauben, eine mittlere Mannschaftsstärke von etwa 41 Prozent zu erreichen, aber in der Praxis wird die Komplettierung für die einzelnen Einheiten unterschiedlich ausfallen, so etwa auf dem Niveau von nur einigen hundert Soldaten in den neuen Divisionen (1. und 8. DP). Die aktive Reserve könnte diesem Stand der Dinge abhelfen, doch ist vorerst kaum abzusehen, wie viele Bewerber es für diese Dienstform geben wird.

Der Ausbau der Struktur und die Erhöhung der Truppenstärken des Heeres wird überdies den Ausbau der Struktur und der Stärken der Einheiten zur logistischen Unterstützung erforderlich machen. Das ist ein Thema für eine gesonderte Analyse, aber wenn es um die Verbesserung der operativen Fähigkeiten der Polnischen Armee geht, ist das im Bewusstsein zu halten. Dieses Ziel umzusetzen, wird gleichfalls eine große Herausforderung sein, und dazu werden mehr als zehntausend neue Soldaten zu rekrutieren sein.

Bei der Erhöhung der Mannschaftsstärken der Polnischen Armee auf 300.000 Soldaten, darunter 50.000 Soldaten der TSW, können wir also nicht nur von der Fortführung der Pläne der

Vorgängerregierung sprechen, die jetzt aus der Opposition heraus die Regierung kritisiert, sondern von deren Ausweitung um eine 150.000 Mann starke aktive Reserve. Dazu sind Mittel im Staatshaushalt für 2024 vorgesehen, und die Ziele für die folgenden Jahre sind in dem bereits erwähnten neuen „Programm zur Entwicklung der Streitkräfte der Republik Polen in den Jahren 2025–2039“ beschrieben. Gleichfalls soll der Ausbau der Strukturen der Polnischen Armee um zwei neue Divisionen, zusätzliche Brigaden und Divisionen und zusätzliche Bataillone pro Brigade fortgesetzt werden, dabei aber mit einer Festlegung unterschiedlicher Bereitschaftsgrade der einzelnen Einheiten.

Aus heutiger Sicht ist kaum abzuschätzen, ob es möglich sein wird, diese Ziele zu erreichen, und selbst im Erfolgsfalle sind dazu nötig Zeit, erhebliche finanzielle Mittel für den Kauf von militärischer Ausrüstung und Bauinvestitionen, Einführung von Anreizen zum Dienst im Militär und in der aktiven Reserve, ferner Steigerung und Korrektur der Effektivität von Ausbildung und Ausbildungsqualität. Denn es ist zu bedenken, dass die geplante 450.000 Mann starke Armee Soldaten haben muss, die entsprechende Dienstgrade und militärische Qualifikationen besitzen, eine konkrete Schulung, eine abgeschlossene Spezialausbildung und Erfahrung, was sehr viel schwieriger zu erreichen sein wird als die bloße Erhöhung der Gesamtzahl. Nach Einschätzung des Autors legt das gegenwärtig noch gültige System der Anstellung zum Militärdienst und Schulung (vielleicht mit Ausnahme der Spezialtruppen) leider keinen ausreichenden Wert auf die Qualität. Denn die einzige Priorität ist, die Anzahl der aktiven Soldaten zu erhöhen.

Ein kritischer Faktor bei der Umsetzung selbst der besten Pläne ist die Zeit, die für den Aufbau wirklicher operativer Fähigkeiten benötigt wird. Doch wenn sich die Lage in der Ukraine verschlechtern sollte, ist nicht auszuschließen, dass die Regierung gezwungen sein wird, die Grundwehrpflicht wieder einzuführen, wenn auch vielleicht in einer anderen Form, als sie bis zu ihrer Aufhebung galt. Aktuell erklären die Führung des Verteidigungsministeriums und der Generalstab, es gebe solche Pläne nicht, aber das Präsidialbüro für Nationale Sicherheit fordert bereits dazu auf, eine öffentliche Debatte in dieser Frage einzuleiten.

Technische Modernisierung und polnische Rüstungsindustrie

Im Ergebnis des am 24. Februar 2022 eröffneten vollen Angriffskriegs der Russländischen Föderation auf die Ukraine wurde in Polen die technische Modernisierung der Streitkräfte beschleunigt. In den Jahren 2022/23 (bis zum 12. Dezember 2023) unterschrieb das Verteidigungsressorts unter der Leitung von PiS mehr als 105 wichtige Verträge zur Lieferung und Modernisierung von militärischer Ausrüstung im Wert von mehr als 285 Milliarden Złoty brutto [65,92 Mrd. Euro]. Zusätzlich wurden umfangreiche Verträge zur Lieferung von Munition abgeschlossen.

Die neue Regierung kündigte an, sie sehe im Prinzip nicht vor, die bereits unterschriebenen Verträge zu kündigen, und sie werde sich an das strategische Bündnis mit Südkorea halten. 2024 plant die Rüstungsagentur, mehr als 150 weitere Aufträge zu erteilen. Im Zeitraum vom 13. Dezember 2023 bis zum 20. April 2024, bereits unter Leitung des Verteidigungsministeriums, hat die Rüstungsagentur dreizehn wesentliche, neu auszuführende Rüstungsverträge abgeschlossen (soweit über diese öffentlich informiert wurde), und zwar über einen Gesamtwert von mehr als 38 Milliarden Złoty [8,79 Mrd. Euro]. Im Unterschied zur Vorgängerregierung erklärt der neue Verteidigungsminister, verstärkt Ausschreibungen vornehmen, häufiger Kompensationsgeschäfte anwenden, Erzeugnisse aus polnischer Produktion erwerben sowie fünfzig Prozent der Mittel für die technische Modernisierung in der polnischen Rüstungsindustrie verausgaben zu wollen. Im Falle der ersten dreizehn vorerwähnten Verträge ist das fast gelungen, weil im Gesamtwert dieser Bestellungen von mehr als 38 Milliarden Złoty auf polnische Produzenten 18 Milliarden Złoty [4,16 Mrd. Euro], also 46,9 Prozent entfielen. Zum Vergleich – von den 130 Hauptverträgen zur Modernisierung im Gesamtwert von etwa 370 Milliarden Złoty brutto [85,58 Mrd. Euro], von der Rüstungsagentur abgeschlossen in den Jahren 2015–2023 (bis Ende 2021 dem Rüstungsinspektorat), kann man meiner Schätzung nach den Anteil der polnischen Industrie auf über 25 Prozent (über 95 Milliarden Złoty [21,97 Mrd. Euro]) schätzen, dagegen den Anteil der amerikanischen Industrie auf etwa 34 Prozent (126 Milliarden Złoty [29,15 Mrd. Euro]) und den südkoreanischen auf etwa 20 Prozent (77 Milliarden Złoty [17,81 Mrd. Euro]).

Die erste Modernisierungspriorität des neuen Verteidigungsministeriums soll die bodengestützte Luftabwehr sein, aber als dringende Aufgabe wurde auch die Verbesserung der persönlichen Ausrüstung des Soldaten genannt, allgemein bekannt unter dem Namen „Unternehmen Szpej“.

Die erste Modernisierungspriorität des neuen Verteidigungsministeriums soll die bodengestützte Luftabwehr sein, aber als dringende Aufgabe wurde auch die Verbesserung der persönlichen Ausrüstung des Soldaten genannt, allgemein bekannt unter dem Namen „Unternehmen Szpej“ [szpej steht im Polnischen umgangssprachlich für „Klamotten“, aber auch Bergsteiger- und Fallschirmspringerausrüstung, entsprechend dem Wort „Gerödel“ im deutschen Militärjargon; A.d.Ü.]. Die Umsetzung dieses Ziels wird keinen wesentlichen Finanzaufwand erfordern, soll aber die Moral der Soldaten verbessern und vielleicht die Zahlen der Freiwilligen für den Militärdienst steigen lassen.

Die wichtigste Ankündigung im Bereich der Modernisierung der Polnischen Armee ist

meiner Einschätzung nach die Absicht, die bisher durchgeführten Modernisierungsmaßnahmen in Richtung einer „Transformation“ zu erweitern.

Die wichtigste Ankündigung im Bereich der Modernisierung der Polnischen Armee ist meiner Einschätzung nach die Absicht, die bisher durchgeführten Modernisierungsmaßnahmen in Richtung einer „Transformation“ zu erweitern. Die ersten Maßnahmen konzentrierten sich vor allem auf den Ankauf von Militärmaterial, wo dieses besonders alt und abgenutzt war, um es durch moderneres Material generell derselben Art zu ersetzen. Die Transformation dagegen soll den komplexen Aufbau operativer Fähigkeiten zum Zweck haben. Diese Maßnahmen sollen mit dem in der NATO bekannten Modell des *Doctrine, Organization, Training, Material, Leadership and Education, Personnel, Facilities – Interoperability* (DOTMPLF-I) kompatibel sein. Demnach geben für die operativen Fähigkeiten den Ausschlag: Doktrinen, Organisationsform, praktische Ausbildung, Ausstattung (militärische Ausrüstung und Materialvorräte einschließlich Munition), Führung und Wissen, Personal, militärische Infrastruktur, Rüstungsindustrie sowie Fähigkeit zu verbundenen Operationen. All dies sind Voraussetzung zum Aufbau operativer Fähigkeiten, doch bisher konzentrierte sich die Modernisierung hauptsächlich auf das Kriterium „Material“, also den Ankauf von Ausrüstung und Sachmitteln wie Munition. Für die Transformation soll die bereits erwähnte Führung Transformation verantwortlich zeichnen. Beim Aufbau der operativen Fähigkeiten der Polnischen Armee soll diese unter anderem Bereiche der Überlegenheit über einen potentiellen Gegner ausfindig machen.

Die bisherigen Entscheidungen der neuen Leitung des Verteidigungsministeriums zeugen von der Fortsetzung des 2022 begonnenen beschleunigten Rüstungsprogramms. Die zu tätigen Erwerbungen sollen jedoch in größerem Umfang die polnische Rüstungsindustrie berücksichtigen, und dabei sollen mehr Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden. Entscheidend ist, dass der Aufbau operativer Fähigkeiten Priorität hat, und die bestellte Ausrüstung soll dabei nur einen von mehreren Faktoren bilden. Das ist auf jeden Fall die richtige Richtung, doch werden wir erst in einiger Zeit abschätzen können, ob sie auch praktisch umgesetzt wird oder doch nur im Bereich der Ankündigungen verbleibt.

Die einhundert Konkrete der Bürgerkoalition

Unter den einhundert konkreten Programmpunkten, deren Umsetzung der Bürgerkoalition für die ersten einhundert Tage ihrer Regierung ankündigte, betreffen nur fünf die Verteidigung, und zwar:

71. Alle seit 2015 ungerechtfertigt aus dem Dienst entlassenen Soldaten erhalten die Möglichkeit, sich wieder einstellen zu lassen.
72. Wir werden überprüfen, wie seit 2015 Beförderungen und Anschaffungen in der

Polnischen Armee betrieben wurden. Wir werden ein Weißbuch verfassen, das alle Entscheidungen von erheblicher finanzieller Reichweite dokumentiert, insbesondere solche außerhalb verhandelter Abschlüsse, und wir werden die Unregelmäßigkeiten bekanntgeben.

73. Im Laufe von einhundert Tagen werden wir ein Programm zur Modernisierung der Polnischen Armee vorlegen. Wir werden weitere sechs Patriot-Batterien erwerben, eine bedeutende Anzahl an Kampf- und Vielzweckhubschraubern, Drohnen der neusten Generation und andere Bestandteile der Luftverteidigung.

74. Wir werden eine Verordnung zum Schutz der polnischen Uniform erlassen. Die Armee hat Polen und nicht den Politikern zu dienen. Wir werden ein Verbot erlassen, die Armee zu parteipolitischen und Wahlkampfzwecken einzusetzen.

75. Wir werden dringend dem Bündnisprogramm zur Verteidigung gegen ballistische Geschosse beitreten, der sogenannten Europäischen Kuppel (*European Sky Shield*) [die sogenannte ESS-Initiative (ESSI); A.d.R.]. Es liegt im Sicherheitsinteresse Polens, alle zur Verfügung stehenden Instrumente zur Verteidigung des Luftraums über Polen und Europa zu nutzen.

In Bezug auf Programmpunkt 71 wurden im Zeitraum vom 12. Dezember 2013 bis zum 25. Februar 2024 249 Soldaten (41 Offiziere, 86 Unteroffiziere und 122 Mannschaftsdienstgrade) im Berufssoldatendienst eingestellt, die 2015–2023 entlassen worden waren.

Betreffend den Programmpunkt 72 wird die Überprüfung der Maßnahmen der Vorgängerregierung noch durchgeführt. Es liegen keine Informationen vor, wann sie beendet sein wird.

Bezüglich Programmpunkt 73 soll das neue Programm zur Modernisierung der Polnischen Armee (für die Jahre 2025–2039) bis Ende dieses Jahres erstellt werden. Die Hauptverträge über den Ankauf weiterer sechs Patriot-Batterien wurden noch 2023 vom PiS-geleiteten Verteidigungsministerium unterschrieben, und in diesem Jahre ist bisher nur eine, aber sehr wichtige Bestellung zu diesem Programm erfolgt, nämlich zum Erwerb von Elementen des *Integrated Air and Missile Defense Battle Command System* (IBCS), welches das Gehirn des Gesamtsystems bildet. Im Falle der Bestellung von Mehrzweck- und Kampfhubschraubern, Drohnen der neusten Generation und anderen Bestandteilen der Luftverteidigung wurde während der ersten einhundert Tage der neuen Regierung nur ein Vertrag zum Ankauf des Radarsystems P-18PL für das Luftverteidigungssystem Narew abgeschlossen; für die Mehrzweck- und Kampfhubschrauber wurde das von PiS 2023 in Gang gesetzte Verfahren fortgesetzt.

Zum Programmpunkt 74 dauern im Verteidigungsministerium die Untersuchungsarbeiten an.

Für den Programmpunkt 75 kündigte Ministerpräsident Donald Tusk am 15. April während eines Treffens mit der dänischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen an, dass Polen sich ESSI anschließen will, und dies wird sicher in Kürze förmlich umgesetzt werden. Diese Entscheidung

kann für Polen nützlich sein, zum Beispiel durch die Möglichkeit, in der Gruppe die Raketen für das Patriot-System preiswerter zu erwerben, oder auch den anderen Teilnehmern von ESSI Bestandteile der bodengestützten Luftverteidigung anzubieten, die von der polnischen Industrie produziert werden. Die Zeit wird erweisen, ob sich diese Chance wird nutzen lassen. Außerdem ist wichtig, dass Polen sich aktiv an der weniger bekannten Initiative *Delivering Integrated Air and Missile Operational Networked Defences* (DIAMOND) beteiligt, die gleichfalls auf der europäischen Kooperation beim Aufbau einer bodengestützten Luftabwehr beruht, bei der Polen bereits Mitglied ist und eine wesentliche Rolle als Anbieter von Systemen spielen kann, die in Polen bereits im Rahmen der Programme Wisła, Narew und Pilica+ auf den Weg gebracht wurden.

Den von der Bürgerkoalition nach einhundert Tagen an der Regierung zur Verfügung gestellten Informationen nach ist noch keiner der fünf Programmpunkte zur Verteidigungspolitik in vollem Umfang umgesetzt worden, aber alle befänden sich im Stadium der Verwirklichung. Ich meine, dass die obengenannten Programmpunkte ziemlich willkürlich formuliert wurden, hauptsächlich politischen Zwecken dienten, mit Ausnahme des Punktes Nr. 73 nicht direkt zur Verbesserung der operativen Fähigkeiten der Polnischen Armee beitragen, und für einen Teil war von vornherein klar, dass sie sich nicht im Zeitraum der ersten einhundert Tage würden umsetzen lassen.

Schlüsse

Unabhängig vom Wechsel der polnischen Regierung im Dezember 2023 haben sich die Bedrohungen für die Sicherheit Polens nicht verringert, vielmehr sind sie nach Einschätzung des Autors ernster geworden. Denn die Fähigkeiten der ukrainischen Truppen verschlechtern sich infolge der Krise bei der Lieferung von militärischer Ausrüstung durch die NATO-Länder, insbesondere der Vereinigten Staaten, sowie der infolge des Kriegs schwindenden menschlichen und materiellen Ressourcen der Ukraine. Umgekehrt wachsen Russlands Fähigkeiten, weil es größere Ressourcen als die Ukraine besitzt, weil Putin die Präsidentschaftswahlen gewonnen und dadurch seine Position gestärkt hat und weil die russische Rüstungsindustrie auf Kriegswirtschaft umgestellt wurde. Es ist schwer vorherzusehen, in welchem Umfang die Vereinigten Staaten nach ihren Präsidentschaftswahlen im November dieses Jahres der Ukraine weiter helfen wird, und ohne diese Unterstützung wächst das Risiko einer ukrainischen Niederlage exponentiell.

Die bisherigen Entscheidungen und Ankündigungen der Regierungskoalition zeigen, dass sie in der Verteidigungspolitik eine Fortsetzung der Maßnahmen der PiS-Regierung beabsichtigt, wenn auch mit gewissen Korrekturen. Diese betreffen unter anderem die Normierung der Planungsmaßnahmen, die Korrektur der militärischen Kooperation mit den Mitgliedsländern der Europäischen Union und den Fokus auf den Ausbau komplexer operativer Fähigkeiten sowie die Transformation der Polnischen Armee, für die außer der Erhöhung der Truppenstärke und dem

Ankauf von militärischer Ausrüstung Entscheidungen zu den Bereichen Verbesserung des Ausbildungssystems, Ausbau der militärischen Infrastruktur, Aufbau von Materialvorräten, Verbesserung der Bedingungen des Militärdienstes, Veränderungen in Organisation und Doktrin sowie auch die Erhöhung der Fähigkeit zur operativen Abstimmung mit den Verbündeten und der Ausbau der Kapazitäten der polnischen Rüstungsindustrie getroffen werden müssen.

Um das letztere Ziel zu erreichen, wird eine aktive Zusammenarbeit zwischen den Ministerien für Verteidigung, für Staatseigene Betriebe und für Industrie notwendig sein. Das Verteidigungsministerium allein wird nämlich nicht in der Lage sein, die aktuellen Kapazitäten der polnischen Rüstungsbetriebe zu erhöhen. Wird das möglich sein, wenn diese Ressorts von Vertretern dreier verschiedener Parteien geführt werden? Das steht zu hoffen.

Selbst flexible und finanziell konkurrenzfähige Prinzipien des Militärdienstes könnten sich ohne Wiedereinführung der Grundwehrpflicht als unzureichend erweisen.

Zum Abschluss soll noch herausgestellt werden, dass sich selbst flexible und finanziell konkurrenzfähige Prinzipien des Militärdienstes ohne Wiedereinführung der Grundwehrpflicht als unzureichend erweisen könnten, um die geplante Truppenstärke von 300.000 Mann bis 2035 und 450.000 Mann mit aktiver Reserve bis 2039 zu erreichen, auch mit einer entsprechend umfangreichen passiven Reserve. Daher sollte der Meinung des Autors nach eine der übergeordneten Prioritäten der Transformation der Streitkräfte der Republik Polen Automatisierung und Robotisierung sein, damit so wenige Soldaten wie möglich zur Bedienung der einzelnen Arten der militärischen Geräte eingesetzt werden müssen und im größtmöglichen Umfang unbemannte Geräte eingeführt werden können. Mit der Mannschaftsstärke der Polnischen Armee allein werden wir Russland nicht abschrecken, weil seine Ressourcen in dieser Hinsicht immer größer sein werden.

*

Anmerkung zu den Informationsquellen: Die geplanten wesentlichen Richtungen der Maßnahmen konnten wir bei der Sitzung des Sejmausschusses für Nationale Verteidigung (SKON) Nr. 3 vom 28. Dezember 2023 kennenlernen. Darüber hinaus fanden am 20. Februar 2024 im Generalstab der Polnischen Armee (SGWP) Werkstätten für Journalisten unter dem Titel „Abschreckung und strategische Kommunikation“ statt, bei denen die aktuelle geopolitische Situation in der Region und weltweit, die aktuelle Bedrohungslage und auch die Ziele der Maßnahmen der Streitkräfte der Republik Polen für die Jahre 2024–2027 diskutiert wurden. Obwohl die Werkstätten die Absicht

hatten, die Sichtweise des Generalstabs vorzustellen, zeigen die Äußerungen von Vertretern der jetzigen zivilen Leitung des Verteidigungsministeriums, dass der Generalstab mit den Einschätzungen und Plänen des Verteidigungsressorts übereinstimmt. In der Analyse wurden auch Antworten auf die Fragen von Abgeordneten berücksichtigt, die am 7. März 2024 im polnischen Sejm Staatssekretär im Verteidigungsministerium Paweł Bejda gab, der die technische Modernisierung beaufsichtigt.

NB. Die in der Übersetzung angegebenen Euro-Beträge richten sich nach dem Stand der Wechselkurse vom 6. Mai 2024.

Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann

Tomasz Dmitruk ist Analytiker und seit über 10 Jahren Autor von mehreren Hundert Veröffentlichungen im Monatsmagazin Nowa Technika Wojskowa und auf dem Internetportal DziennikZbrojny.pl, spezialisiert auf Themen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Fähigkeiten der Polnischen Streitkräfte, insbesondere in Bezug auf: den Prozess der technischen Modernisierung, Verteidigungsausgaben und die polnische Verteidigungsindustrie.